

ben, denn ihre Probleme und Interessen sind gegenüber den Flächenländern so unterschiedlich, dass sie nicht wie München etwa mediatisiert werden dürfen. Um des Gesamtstaates willen.

NG/FH: Kritisiert wurde in den vergangenen Jahren weniger die Machtlosigkeit der Länder, sondern im Gegenteil deren Machtfülle gegenüber dem Bund, wie am Beispiel der Zweidrittelmehrheit der Unionsländer im Bundesrat in der Spätphase von Rot-Grün erlebt, wo das politische System völlig blockiert und fast nichts mehr zu laufen schien. Plötzlich wurde die einst so gepriesene bundesstaatliche Ordnung der Bundesrepublik im Ausland als »völlig verrückt« dargestellt.

Arndt: Das sehe ich nicht so und halte es für falsch. Im Gegenteil, ich habe in England teilgenommen an der Diskussion der sogenannten Devolution, d.h. der Verstärkung der Macht von Wales, Schottland und Nordirland. Da sind viele gute Gedanken eingebracht worden, um

endlich vom Londoner Zentralismus abzugehen und hier ebenfalls die moderne Gewaltenteilung durchzuführen. Die Bewegung der Regionen in Frankreich geht in eine ähnliche Richtung, obwohl natürlich die französische Tradition von fast tausend Jahren dem entgegensteht. Es kommt eben auch in der Politik auf die Menschen an, die sich der Institutionen bedienen.

NG/FH: Dennoch lässt sich ja nicht leugnen, dass alarmierende Titel wie »Unregierbare Republik«, »die Konsensfalle«, »der Sanierungsfall Bundesstaat« usw. nicht nur den Hirngespinsten von Katastrophenjournalisten entsprungen sind.

Arndt: Zum Glück sind wir ja auf dem Wege, die beklagten Hemmnisse abzubauen. Der Parlamentarische Rat hat sich natürlich eine andere Praxis vorgestellt, als wir sie heute erleben. Aber das reicht meines Erachtens nicht aus, um die Dinge grundsätzlich in Frage zu stellen.

NG/FH: Prof. Claus Arndt, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Wolfgang Benz

Judenfeindschaft als Alltagsphänomen und Forschungsgegenstand

Antisemitismus, Judenfeindschaft im weitesten Sinn, konfrontiert Betroffene wie Betrachter mit Definitions- und Wahrnehmungsproblemen. Wolfgang Benz unterscheidet vier Grundphänomene.

Die *erste* Form von Judenfeindschaft ist der christliche Antijudaismus, also die religiös motivierte, aber auch kulturell, sozial und ökonomisch determinierte Form des Ressentiments gegen Juden vom Mittelalter bis zur Neuzeit. Diese Version spielt heute in Deutschland eine untergeordnete Rolle; aber in Ländern wie Polen steht diese Form von Judenfeindschaft noch in voller Blüte.

Die *zweite* Form von Judenfeindschaft ist der – scheinbar wissenschaftlich, nämlich anthropologisch und biologisch argumentierende – Rassenantisemitismus, der im 19. Jahrhundert entstand und in den Holocaust mündete.

Die *dritte* Version des Vorbehalts, Judenfeindschaft nach dem Holocaust, ist aktuell. Neben traditioneller Judenfeindschaft, wie sie auch außerhalb Deutsch-

lands artikuliert wird, bildete sich im westlichen Nachkriegsdeutschland, also in der alten Bundesrepublik, eine neue Form des Ressentiments: der *sekundäre Antisemitismus*. Er ist eine eigenständige Erscheinung mit wenig manifester Ausprägung, aber erheblicher Latenz.

Dieses, das dritte Phänomen der Judenfeindschaft, der sekundäre Antisemitismus, speist sich aus Gefühlen der Scham und Schuldabwehr. Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz werden Ressentiments gegen Juden mobilisiert, die sich an Entschädigungsleistungen und Wiedergutmachungszahlungen kristallisieren. Wie lange man denn noch büßen müsse, ob die unschuldigen Enkel und Urenkel noch für den Holocaust zahlen müssten, lauten die Schlachtrufe. Und die Vermutung, *die* Juden würden sich auch am Völkermord noch bereichern, weil sie eben mit allem Geschäfte machen würden, gehört zur Abwehr wie zur Selbstbeschwichtigung.

Der sekundäre Antisemitismus ist ursprünglich ein westdeutsches Phänomen, da er sich an Restitutionsleistungen festmacht, wie sie von der DDR nicht gezahlt wurden. Dafür war eine andere Erscheinungsform antijüdischer Ressentiments, der Antizionismus, als *viertes* Grundphänomen entscheidender Bestandteil von Politik, Propaganda und folglich auch der Sozialisation der DDR-Bürger.

Was als Antisemitismus öffentlich wird, speist sich aus verschiedenen Wurzeln und enthält Elemente aller Phänomene der Judenfeindschaft, die alle über bestimmte Stereotype transportiert werden: Der Jude sei nur an Geschäften interessiert; der Jude wolle alles zu Geld machen; der Jude sei nicht ehrlich, weil seine Religion ihm Ehrlichkeit gegenüber Nichtjuden verbiete; die jüdischen Frauen seien schön; die jüdischen Männer hätten krumme Beine. Stereotype wie die Geschichte der krummen Nase haben auf allen möglichen Wahrnehmungsebenen

einen Zweck, nämlich Juden zu diskriminieren, zu stigmatisieren und als »Be-weise« herzuhalten für das, was man *den* Juden unterstellt.

Auf der Suche nach Erklärungen für die jeweils speziellen Erscheinungsformen judenfeindlicher Ressentiments in Deutschland muss man immer die Motive derer betrachten, die Antisemitismus artikulieren und instrumentalisieren. Bei genauem Zusehen zeigt sich, dass Antisemitismus oft, ja, in der Regel, als Mittel zum Zweck manifestiert wird. Nur eine kleine Minderheit wird sich als ideologisch festgelegte Gruppe von Judenfeinden im traditionellen Sinne ausmachen lassen. Die Mehrheit derer, die mit antisemitischen Vorurteilen, mit Stereotypen, Klischees hantieren, hat bestimmte politische, in der Regel deutschnational patriotische Absichten.

Wie viel »Israel-Kritik« ist erlaubt?

Der sekundäre Antisemitismus, also die Judenfeindschaft, die aus Schuldgefühlen gegenüber Juden artikuliert wird, kann sich dann aufladen zu einem Erlösungsantisemitismus. Gemeint ist die Befreiung vom Schuld- und Leidensdruck, der durch das Bewusstsein vom Völkermord verursacht ist. Voraussetzung der Erlösung ist aber eine Schuld der Juden bei dieser Konstruktion. Der ehemalige Abgeordnete Hohmann hat das *in extenso* vorgeführt. Die Opferfunktion der Juden muss außer Kraft gesetzt werden, denn Juden, die als Täter wahrgenommen werden, erlauben es, Gefühle der Empathie, des Schuldbewusstseins, des Unbehagens durch Parteinahme gegen die Juden zu ersetzen. Dazu braucht es Gründe, etwa die Politik Israels.

Die Politik Israels gegenüber den Palästinensern ist ein willkommener Ansatzpunkt für Ablehnung, für den Entzug von Sympathie, für Zuwendung an die

arabische Seite. Israel-Kritik, eine für sich genommen so legitime Sache wie eine kritische Einstellung zur amerikanischen Außenpolitik, wird für viele zum Ventil, mit dem, ohne dass man Sanktionen befürchten muss, antijüdische Emotionen artikuliert werden können.

Das soll im Folgenden kurz exemplifiziert werden und dabei kann auch die Wirkungsweise von Stereotypen, mit denen Judenfeindschaft instrumentalisiert wird, demonstriert werden: Wie viel »Israel-Kritik« ist erlaubt?

Das Mitleid mit palästinensischen Familien, die bei Einsätzen der israelischen Armee ihr Hab und Gut, gar Kinder verloren haben, und die Entrüstung über den Zaun, mit dem die Sicherheitsbehörden Israels ihr Land schützen wollen, Abscheu ob der schikanösen Arroganz der israelischen Grenzhüter am Gazastreifen gegenüber friedlichen Palästinensern eint viele, welche die Politik der israelischen Regierung missbilligen, weil sie sie für schädlich halten, da sie kaum den Frieden in der Region herbeiführt, wohl aber die stete Eskalation von Gewalt bewirkt.

In der allgemeinen Wahrnehmung des Palästina-Konflikts haben sich die Reihen geschlossen. Die einen sehen Israel nur und ausschließlich in der Rolle des Aggressors, der mit unverhältnismäßiger Gewalt das Leben der Palästinenser bedrückt. Sie verstehen die militärischen Aktionen gegen Flüchtlingslager, die Zerstörung von Häusern und Wohnungen als expansionistische Machtdemonstration der Stärkeren gegen Schwächere, mit denen sie sich deshalb solidarisieren.

In den Augen der bedingungslosen Verteidiger Israels sind dagegen die Palästinenser und mit ihnen alle Araber und womöglich sogar alle Muslime irrational agierende Extremisten, die Israel und dem Westen den heiligen Krieg erklärt haben. Die Intifada, eine Kampagne zivilen Ungehorsams der Palästinenser gegen Israel, von 1987 bis 1993, geführt in der

Hoffnung auf Autonomie bzw. einen unabhängigen Staat Palästina, eskalierte in ihrer zweiten Phase ab September 2000 zur offenen Gewalt gegen die israelische Zivilgesellschaft, die mit Absperrung, militärischen Aktionen, Vergeltungsschlägen und weiteren Maßnahmen, einer bedingungslosen Politik der Stärke beantwortet wird.

Pauschale Verurteilung der Besatzungs- und Siedlungspolitik

In der öffentlichen Wahrnehmung Europas haben sich in dramatischer Weise die Gewichte bei der Bewertung des Nah-Ost-Konfliktes verschoben. Der Angst um das bedrohte Israel, die 1967 die Menschen zu Sympathiekundgebungen in Deutschland für den jüdischen Staat auf die Straße trieb, folgte die pauschale Verurteilung der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten. Der Befund, dass eine große Zahl europäischer Bürger der Politik Israels verständnislos ablehnend gegenübersteht, ist nicht aus der Welt zu schaffen. Zu bemerken ist auch, dass die Juden der Diaspora sich zunehmend mit Israel solidarisch erklären, auch wenn viele, ebenso wie zahlreiche Israeli, die Politik der Stärke nicht für glücklich halten und sich andere Wege für die Sicherheit Israels und den Frieden mit den Palästinensern vorstellen können.

Tatsache ist, dass in vielen Ländern Europas die Sympathie des Publikums und in erheblichem Maße ebenso die der Medien sich von Israel abgewendet hat, und die Ursachen der Gewaltspirale nicht mehr in das negative Urteil über Israel einbezieht. Wenn die Rede davon ist, dass Israel mit dem Abwehrzaun gegen palästinensisches Territorium »das größte KZ der Welt« errichte, wenn das Schicksal schwangerer Frauen beklagt wird, die bei stundenlangen Grenzkontrollen des israelischen Militärs leiden müssen, wenn die

Wahrnehmung auf das individuelle Leid palästinensischer Familien reduziert, der Terror palästinensischer Guerillas und Selbstmordattentäter gegen ebenso unschuldige israelische Familien in den Straßen von Tel Aviv oder Jerusalem ausgeblendet wird, dann ist die Vermutung einseitiger Parteinahme wohl gerechtfertigt.

Selbstverständlich ist es legitim, politische und militärische Handlungen eines Staates zu kritisieren. Das gilt für Israel nicht weniger als beispielsweise für den Krieg der Vereinigten Staaten von Amerika gegen den Irak mit allen seinen höchst unerfreulichen Begleiterscheinungen. Der Unterschied in der Beurteilung, wie er gängig ist, ist aber leicht erkennbar. Beim Irak-Krieg wird zwischen der Regierung Bush, der US-Armee und den Amerikanern durchaus unterschieden. Niemand, der ernst genommen werden will, erklärt Exzesse im Irak, die einzelnen Soldaten zur Last fallen, oder umstrittene Entscheidungen der Bush-Administration aus dem Nationalcharakter der Amerikaner heraus, um möglicherweise gar die Forderung daran zu knüpfen, die USA müssten von der Landkarte verschwinden, damit endlich Frieden auf der Welt herrsche.

Im Fall Israel ist das anders. Das lehnen die monströsen Vergleiche ebenso wie die Bemühungen, angebliche jüdische Eigenart zu typologisieren, um alle Juden dieser Welt mit der israelischen Politik zu identifizieren, diese als Ausfluss vermuteter jüdischer Charaktereigenschaften zu erklären. Dazu werden die bekannten Stereotype benutzt, die alttestamentarische Rache, die anscheinend Bedürfnis der Juden sei, ihre Unversöhnlichkeit, die Arroganz des auserwählten Volkes und so weiter. Das Problem des »auserwählten Volkes«, das immer wieder als Argument aufgeführt wird, scheint viele Menschen zu bewegen, die das dann in sehr emotionaler Form vortragen.

Ein Volk, das sich als »auserwählt« erkläre, das sei ja doch wohl eine unglaubliche Arroganz; das könne man nicht hinnehmen. Wenn man ihnen entgegnet, dass etwa die katholische Kirche genau dasselbe für sich in Anspruch nimmt, dass die meisten Religionen in ihrem Selbstverständnis und in ihrem Selbstbewusstsein in ihrer Mitgliederwerbung darauf hinweisen, dass nur derjenige, der dieser bestimmten Religion angehört, auserwählt von Gott und unmittelbar zu Gott sei, wird es mit Staunen aufgenommen. Nur den Juden wird vorgeworfen, dass sie sich im religiösen Sinne als das auserwählte Volk betrachteten.

Das Engagement, das manche in die Verurteilung der israelischen Sicherheitspolitik investieren, gleicht der Wut, mit der das heimische patriotische Projekt der Judenfeindschaft durch Ausgrenzung der jüdischen Minderheit betrieben wird. Der Völkermord an 800.000 Menschen in Ruanda unter den Augen einer untätigen Welt, dreizehn Wochen lang im Jahre 1995, begangen an Unschuldigen vom Säugling bis zum Greis, hat nicht einen Bruchteil der Aufmerksamkeit erhalten wie Israel sie für seine militärischen Aktionen (und in der Verallgemeinerung das Judentum in aller Welt) erfährt, und zwar immer als moralische Anklage und oft unter Verweis auf den Holocaust. Letzteres soll suggerieren, die Israelis würden, stellvertretend für alle Juden überhaupt, etwas praktizieren, das ihnen selbst widerfahren ist, nämlich Verfolgung einer Minderheit bis zur Konsequenz des Völkermords.

Wann also überschreitet berechtigte und notwendige Kritik an der Politik Israels gegenüber den Palästinensern die Grenzen, wann ist es Judenfeindschaft? Das geschieht immer dann, wenn Vorurteile und Stereotype, die mit den zu kritisierenden Vorgängen nichts zu tun haben, weit über den Anlass hinaus zur Schuldzuweisung benützt werden. Als

besondere Form von Antisemitismus hat sich aus solcher Israel-Kritik als Antizionismus ein Surrogat der Judenfeindschaft etabliert, das eigene Funktionen hat, nämlich die Nebenwege zu öffnen, auf denen mit scheinbar rationalen Argumenten Abneigung und Hass gegen Juden transportiert werden können.

Feindbilder stiften Gemeinsamkeit

Zionismus, eine im 19. Jahrhundert entstandene Bewegung des Judentums, die als Reaktion auf die katastrophalen Lebensbedingungen in Osteuropa die Rückkehr zum religiösen Ausgangspunkt, das Land Israel, propagiert, wird in der Gegenwart oft missverstanden. Antizionismus ist im politischen Vokabular als Parameter der Judenfeindschaft geläufig. Abgelöst von der ursprünglichen Bedeutung – Anhänger der jüdischen Integration und Assimilation grenzten sich damit gegen die Idee eines jüdischen Nationalstaats ab –, wurde Antizionismus insgesamt zum Schlachtruf gegen Israel, der die Legalität der staatlichen Existenz bestreitet und sie rückgängig machen, dazu die jüdischen Bürger des Landes vertreiben will.

Mit der Parteinahme gegen Israel werden vermeintlich bestehende Tabus und Denkverbote umgangen. Das erklärt einen Teil der gegenwärtigen Konjunktur des Antizionismus als eine Spielart von Judenfeindschaft.

Was folgt aus der Betrachtung der Befunde von Antisemitismus? Die Einsicht, dass das Judenbild des Antisemiten ein Konstrukt ist, das durch die Anschauung der Realität der Juden nicht aufgelöst wird, steht am Anfang. Und weitere zentrale Einsicht vermittelt die Antisemitismusforschung, nämlich dass Antisemitismus ein Defekt der jeweiligen Mehrheits-

gesellschaft ist und dass nicht Juden am Antisemitismus schuld sind: Antisemitismus ist keine Reaktion auf angebliche jüdische Eigenschaften, auf angebliches jüdisches Verhalten, auf jüdischen Charakter, sondern Antisemitismus ist eine Projektion der Mehrheit auf die Minderheit, die ganz bestimmte politische und soziale Funktionen hat.

Notwendig ist deshalb das Erkennen der Zusammenhänge von Aggressionen gegen Minderheiten, von Xenophobie und Antisemitismus. Einsicht in die Wirkungsweise des Vorurteils schafft die Voraussetzungen. Feindbilder grenzen aus und stiften dadurch Gemeinsamkeit in der Mehrheitsgesellschaft. Das Gefühl der Einheit, das Minderheiten zu angreifbaren und minderwertigen Fremden macht, ist aber – absolut genommen – nur bedingt ein positiver Wert. Wenn Juden als »Fremde« definiert, wenn Asylbewerber als »Kriminelle« diffamiert, wenn Ausländer als den sozialen Frieden und Besitzstand bedrohend empfunden werden, dann spiegeln sich darin Aggressionen und Ängste der Mehrheit, die aufgelöst und überwunden werden müssen. Antisemitismus ist also kein aus dem gesellschaftlichen Kontext zu isolierendes Vorurteil gegen eine bestimmte Minderheit. Antisemitismus ist vielmehr der Prototyp des sozialen und politischen Ressentiments und darum vor allem ein Indikator für den Zustand der Gesellschaft. Diese Einsicht ist der erste Schritt zur Überwindung der Judenfeindschaft.



Wolfgang Benz (*1941) ist Professor an der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN und leitet dort das Zentrum für Antisemitismusforschung.
zfa10154@mailbox.tu-berlin.de